

HEUTE

- Thema „MfS und Abgeordnete“ bietet weiter Zündstoff
Seite 3
- Klassiker der Moderne mit Pop art im Alten Museum
Seite 4
- War Volkseigentum nur eine Seifenblase?
Seite 5
- Nachdenken über die Schule der Zukunft
Seite 8

STANDPUNKT

Stolperstein Litauen

Litauen ruft nach westlicher Hilfe. Gorbatschow – so glaubt Landsbergis zu wissen – habe sich zur Gewaltanwendung entschlossen. Hat er das tatsächlich?

Die USA sind „unglücklich“ über die Aktionen sowjetischer Truppen in Litauen und warnen vor „weiteren Schritten“. Aber werden sie den Baltikern tatsächlich „zur Hilfe kommen“?

In Moskau wie in Washington dürfte man den Preis des „Ja“ auf beide Fragen durchaus kennen. Auf dem Spiel steht weit mehr als das kostbare Selbstbestimmungsrecht von 3,7 Millionen Menschen. Es geht nicht nur um Gelingen oder Nichtgelingen des gerade begonnenen Versuchs, die UdSSR in eine Föderation selbständiger Sowjetrepubliken zu verwandeln, denen – wenn es denn der unbedingte Wille ihrer Bewohner ist – auch das Recht auf Austritt aus der Union zuzubilligen ist. Auf dem Spiel steht, was im Gefolge der Perestrojka an positiven Entwicklungen in der Sowjetunion, in Europa und in der Welt in Gang gekommen ist. Die Hoffnung beispielsweise auf ein neues, besseres Sicherheitssystem für unseren Kontinent, der Traum von friedlicher Kooperation statt zermürbender Konfrontation, die Aussicht darauf, der Menschheit wenigstens einen Teil der niederdrückenden militärischen Lasten abnehmen zu können. Nicht auszuschließen ist, daß die Vorgänge in Litauen einen Schatten auf die Sechsergespräche über die Vereinigung beider deutscher Staaten werfen.

Die in und um Litauen entstandene Situation – das ist inzwischen deutlich geworden – könnte zum Stolperstein auf dem Weg zum Bau des vielbeschworenen gemeinsamen europäischen Hauses werden. Nur durch politischen Dialog und vernünftiges Handeln kann man der Gefahr ausweichen. Diese Einsicht setzt sich hoffentlich in Moskau, in Washington und auch in Vilnius durch.

DETLEF-DIETHARD PRIES

Differenzen in Bonner Koalition zu Währungsunion

Bonn (ADN). Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) hat alle Spekulationen über Umtauschkurse bei Renten und Löhnen in der DDR nach einer Währungs- und Sozialunion als „falsch“ zurückgewiesen. Am Rande einer Sitzung der Unionsfraktion sagte Kohl nach Angaben der Nachrichtenagentur dpa am Dienstag in Bonn, dies sei kein Problem der Bonner Regierungskoalition. Über das Gesamtangebot der Währungsunion, Wirtschaftsreform und Sozialgemeinschaft werde es vielmehr Verhandlungen mit der neuen DDR-Regierung geben. Er verfolge dabei das Ziel, „bis zum Sommer“ zu einem Abschluß zu kommen. Man werde die Hoffnungen und Erwartungen der Betroffenen in der DDR erfüllen, versicherte der Kanzler.

Nach einer vorausgegangenen Koalitionsrunde beim Kanzler hatten sich die Zweifel verstärkt, ob die Differenzen zwischen CDU/CSU und FDP zu den Grundzügen der deutsch-deutschen Währungsunion ausgeräumt sind. dpa meldete unter Berufung auf Teilnehmerkreise, die von Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) in Sozialunion-Modellen enthaltenen Umtauschkurse für Löhne und Renten von 1:1 und die Anbindung der DDR-Renten zu 70 Prozent an steigende Nettolöhne in der DDR seien nicht zur Sprache gekommen. Blüms Staatssekretär Wolfgang Vogt habe über diese von der FDP bemängelten Vorschläge am Vorabend im Vorstand der CDU/CSU-Fraktion berichtet. Dort habe es niemanden gegeben, „der anderer Meinung war“.

Fallschirmjäger in Vilnius – Landsbergis „bittet Westen um Hilfe“

Moskau (ND/ADN). Die Lage in Litauen hat sich am Dienstag dramatisch zugespitzt. Versucht Moskau den Konflikt mit eiserner Hand zu lösen? Fragen internationale Beobachter. Angehörige sowjetischer Luftlandtruppen besetzten in den frühen Morgenstunden das Parteigebäude der eigenständigen KP Litauens. Kurz zuvor waren junge Litauer, die nach der Unabhängigkeitserklärung aus der Sowjetarmee desertiert waren, ebenfalls von Fallschirmjägern in einer psychiatrischen Klinik festgenommen worden, wo sie Unterschlupf gefunden hatten. Litauens Präsident Vytautas Landsbergis deutete diese Aktionen als Sinneswandel Gorbatschows – hin zur Gewaltanwendung. Er appellierte an den Westen, der Litauischen Republik zu „Hilfe zu kommen“. Unterdessen forderte die sowjetische Regierung alle Ausländer auf, Litauen zu verlassen.

„Sind Sie wieder gewillt, Litauen an die Sowjetunion zu verkaufen?“ Mit dieser Frage endete die Erklärung, die Landsbergis am Vormittag vor der Presse abgab. Eine Rechtfertigung für gewaltsames Einschreiten der Sowjetarmee ließe sich von Moskau leicht selbst schaffen. Bisher sei alles getan worden, die Situation als instabil erscheinen zu lassen.

In einer Note an Gorbatschow und die sowjetische Regierung haben sich Landsbergis und Ministerpräsident Kazimiera Prunskiene gegen das Vorgehen des Militärs gewandt. Dieses wird als grobe Verletzung der Souveränität Litauens verurteilt. Bei der „Entführung litauischer Bürger“, die sich unter der Obhut des Staates und dem Schutz des Roten Kreuzes befanden, sei Blut vergossen worden. Die Regierung in Vilnius beruft alle litauischen Volksdeputierten der UdSSR aus Moskau ab und fordert Verhandlungen mit Moskau auf neutralem Gebiet.

Ein Teil der Deserteure sei bei der Aktion in der Nervenheilanstalt geflohen, berichteten die Agenturen unter Berufung auf „Sajudis“-Sprecher. TASS sprach von insgesamt 23 in Litauen Festgenommenen. Der stellvertretende UdSSR-Verteidigungsminister Armeegeneral Warennikow warf der Litauischen Volksfront „Sajudis“ vor, die Deserteure zu Kämpfern ausgebildet zu haben. Am Nachmittag sprach das Verteidigungsministerium in Moskau von separatistischen Kräften, die Armeeinghörige zum Verlassen ihrer Truppenteile anstiften würden. Allein in Klaipeda hielten sich zur Zeit rund 300 fahnenflüchtige Armeeinghörige auf. Die Besetzung mehrerer Gebäude am Dienstag diente dem Schutz von KPdSU-Eigentum, hieß es am Abend im sowjetischen Fernsehen.

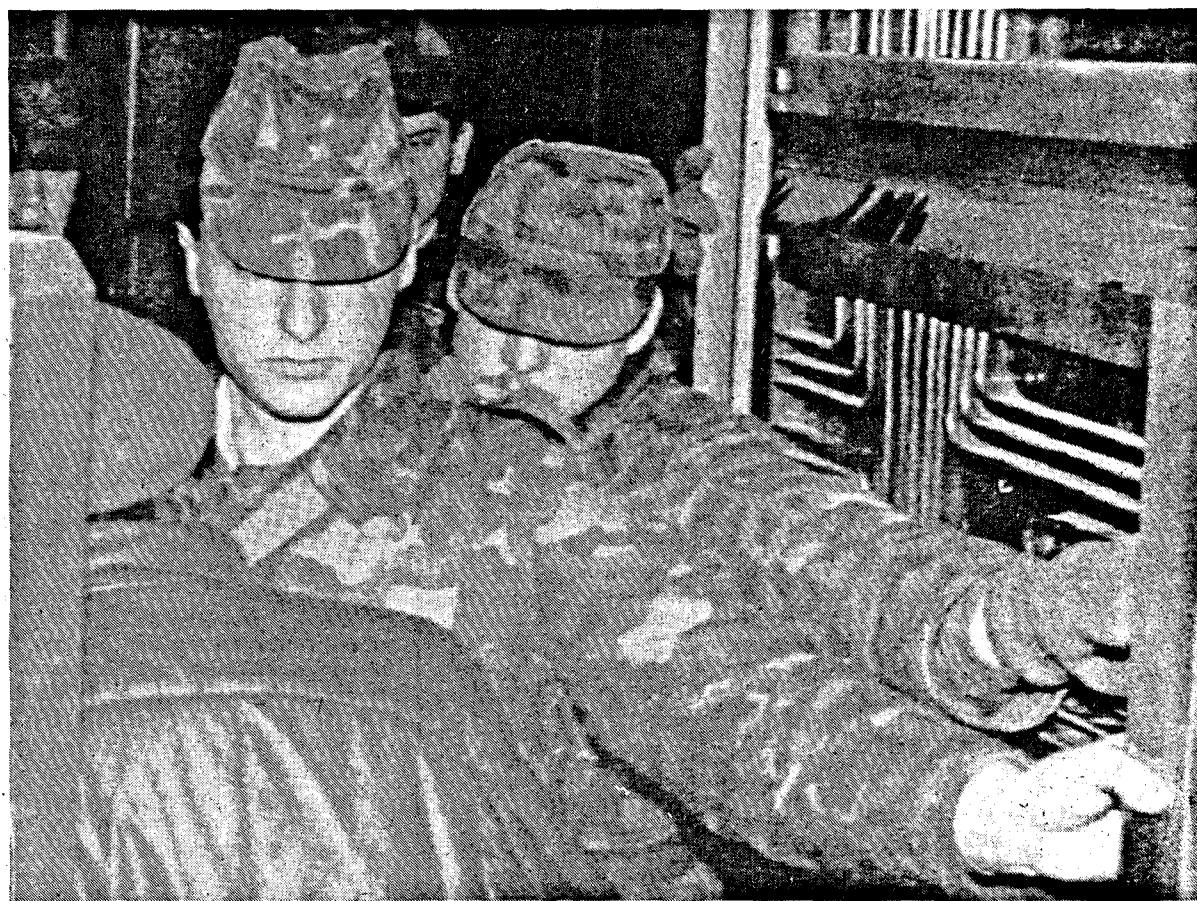
Vor dem Parlament in Vilnius demonstrierten am Nachmittag etwa 20 000 Menschen gegen die Unabhängigkeit. Sie waren einem

Aufruf der KPdSU-verbundenen KP Litauens und der Organisation Jedinstwo gefolgt. Die Demonstranten forderten „Litauen muß sowjetisch bleiben, sozialistisch und ein Teil der UdSSR“. Die Republik solle direkt dem UdSSR-Präsidenten unterstellt werden.

Die Ereignisse in Litauen ziehen zunehmend internationale Kreise. Während das Außenministerium die Litauen-Resolution des USA-Senats aus der vergangenen Woche als offene Einmischung zurückwies, verurteilte aus Brüssel, die NATO-Staaten befürchteten Schaden für die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen. Der Dialog zwischen Präsident Gorbatschow und den Litauern müsse in einer von Einschüchterung oder Druck freien Atmosphäre stattfinden.

Die erste offizielle Parlamentarierdelegation Litauens im Ausland hat am Dienstag in Oslo um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Norwegens mit Litauen gebeten. Norwegen betrachtet das Vorgehen des sowjetischen Militärs in Litauen als „brutal und unklug“ erklärte Regierungschef Jan Syse.

Washington (ADN). Die USA-Regierung hat am Dienstag den Ton ihrer Kommentare zu den Entwicklungen in Litauen auffallend gemildert. Wie der Sprecher des Weißen Hauses, Fitzwater, erklärte, sei man zu der Auffassung gelangt, daß jegliche „auführerische Sprache“ schadet.



Mit der Tür ins Haus? Die Besetzung des Parteigebäudes in der litauischen Hauptstadt Vilnius durch sowjetische Fallschirmjäger hat auch für Moskau, so scheint es, die Unwägbarkeiten eher größer werden lassen
Telefoto: ZB/AP

SPD in der Kurve: Auf einmal steht die DSU-Frage nicht mehr im Vordergrund

Berlin (ADN/ND). Am Dienstag erklärte die SPD ihre sofortige Bereitschaft, mit der CDU Informationsgespräche über ihre Beteiligung an einer künftigen Koalitionsregierung zu führen. Diesen Beschluß faßte die Volkskammerfraktion der Sozialdemokraten in Berlin. Es müsse geklärt werden, ob die unverzichtbaren Grundpositionen der SPD in die Regierungspolitik eingehen können. So müsse der SPD-Fahrplan zur deutschen Einheit zügig verwirklicht werden. Dazu gehören unter anderem eine Erklärung des Parlaments zur Anerkennung der bestehenden Westgrenze Polens und keine Integration des Gebietes der DDR in die NATO. Die soziale Sicherheit der DDR-Bürger müsse in der angestrebten Sozialunion mit der BRD gewährleistet sein. Auf eine Journalistenfrage äußerte der geschäftsführende Fraktionsvorsitzende Dr. Richard Schröder, die Fragen der Regierungspolitik seien die eigentlichen Schwerpunkte der Koalitionsverhandlungen. Dabei stünde die Frage „DSU ja oder nein“ nicht im Vorder-

grund. Die Gespräche sind für Donnerstag anberaumt.

Bei der Bildung einer künftigen Regierung legt die CDU besonderen Wert auf die Ressorts Außenpolitik, Wirtschaft, Soziales und Bildung. Das teilte am Dienstag Parteipressesprecher Lück am Rande der konstituierenden Tagung der CDU-Volkskammerfraktion mit.

Zuvor war Lothar de Maizière zum Fraktionsvorsitzenden gewählt worden. Dabei, so Lück, handle es sich möglicherweise um ein Provisorium, da der CDU-Vorsitzende sich auch um das Amt des Ministerpräsidenten bewirbt. Nach der Wahl gab de Maizière einen politischen Bericht zur Lage. Darin wurden die immensen Aufgaben verdeutlicht, vor denen die Fraktion steht. CDU-Generalsekretär Kirchner gab sich gestern abend hinsichtlich des Zustandekommens einer großen Koalition als Allianz, Liberalen und SPD sehr zuversichtlich.

Eine Delegiertenkonferenz der LDP beschloß in Berlin, daß die Partei künftig den Namen Bund Freier Demokraten trägt. Beab-

sichtigt ist, einen Vereinigungs-partei mit der FDP (BRD) noch 1990 vorzubereiten. Die FDP (DDR) hatte die Teilnahme an der Konferenz kurzfristig abgesagt, mit der Deutschen Forumspartei kam es während des Treffens zu Differenzen. Dagegen bekundete NDDP-Vorsitzender Rauls Interesse am Anschluß seiner Partei an den Bund Freier Demokraten.

Auch die Volkskammerfraktion der DBD hat sich am Dienstag konstituiert und wählte Dr. Günther Maleuda zum Vorsitzenden. Es wurde die Bereitschaft der Partei zur konstruktiven Mitarbeit in einer Koalition bekräftigt.

Der amtierende Volkskammerpräsident Dr. Günther Maleuda hat Vertreter der am 18. März ins Parlament gewählten Parteien und Bewegungen für Donnerstag zu einer Beratung eingeladen. In Mittelpunkt wird die Vorbereitung der konstituierenden Tagung der Volkskammer stehen, die – so ein Vorschlag der Allianz und des Bundes Freier Demokraten – am kommenden Dienstag stattfinden soll.

UdSSR: Besitzverhältnisse in DDR rechtens

Moskau (ADN). Die Regierung der UdSSR geht in einer Erklärung davon aus, daß die beiden deutschen Staaten bei ihrer Annäherung und Vereinigung die Rechtmäßigkeit der von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland in den Jahren 1945 bis 1949 vorgenommenen Wirtschaftsmaßnahmen anerkennen. Unter Berücksichtigung ihrer Rechte und Verantwortungen in den Angelegenheiten Deutschlands trete die UdSSR für die Respektierung der Rechtmäßigkeit der Besitzverhältnisse in der DDR ein. Sie wende sich dagegen, diese Besitzverhältnisse bei der

Schaffung einer Währungs- und Wirtschaftsunion mit der BRD sowie im Fall des Entstehens eines einheitlichen Deutschlands in Frage zu stellen.

Als völlig unannehmbar bezeichnete die UdSSR-Regierung mögliche Versuche, die Rechte der heutigen Besitzer von Boden und anderem Vermögen in der DDR, die seinerzeit mit Zustimmung oder auf Beschluß der sowjetischen Seite erworben wurden, anzuzweifeln. Die sowjetische Regierung teile in dieser Frage die Position der Regierung der DDR in bezug auf die Notwendigkeit

der strengen Einhaltung der Rechtsordnung und des Schutzes der sozialökonomischen Rechte und Interessen von Millionen Menschen in der DDR.

In der Erklärung wird unterstrichen, daß die sowjetische Seite den Alliierten Kontrollrat seinerzeit über die von ihr durchgeführten Maßnahmen zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung, darunter zu der entscheidend dem Potsdamer Abkommen durchgeführten Bodenreform, informierte und der Kontrollrat diese Informationen zur Kenntnis nahm.

„Oscar“ – als Statuette und als Himbeere



In jedem Fall eine würdige Oscar-Preisträgerin – die 80jährige Jessica Tandy
Telefoto: ZB/AP

Los Angeles (ADN/ND). Mit insgesamt vier der begehrtesten Goldstatuetten wurde „Driving Miss Daisy“ (Miss Daisy und ihr Chauffeur) von Bruce Beresford bei der diesjährigen Oscar-Preisverleihung der Amerikanischen Filmakademie am Montag in Los Angeles der erfolgreichste Film. Miss Daisy alias Jessica Tandy, die als beste Darstellerin geehrt wurde, verkörpert eine Südstaatenlady, der ihr farbiger Chauffeur nicht ganz gleichgültig ist. Ein typisches Hollywood-Sujet, aus dem Alfred Uhry das beste Drehbuch nach einer Vorlage machte, wie die Jury befand.

Der Oscar für die beste Regieleistung ging an Oliver Stone für „Born on the Fourth of July“ (Geboren am 4. Juli) – authentische Geschichte eines Vietnam-Veteranen. Den Oscar als bester männlicher Hauptdarsteller erhielt Daniel Day-Lewis aus Großbritannien für seine Rolle in „My Left Foot“ (Mein linker Fuß).

Tags zuvor wurden die Anti-Oscars für die miserabelste Leistung im amerikanischen Filmgeschäft vergeben. Die „Goldene Himbeere“ ging an Rambo-Darsteller Sylvester Stallone. Er ist nach Meinung der Kritiker der schlechteste Schauspieler der 80er Jahre. Auch der schönen Bo Derek wurde diese „Ehre“ für die zurückliegende Dekade zuteil.

Lafontaine setzt auf Sieg

Hannover (ADN/ND). Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine ist am Dienstag in Hannover vom SPD-Parteirat einstimmig zum Kanzlerkandidaten der Sozialdemokraten nominiert worden. Auf einem Parteitag Ende September in Bonn steht die Nominierung endgültig zur Debatte.

Lafontaine legte vor den über 100 Vertretern der Parteibezirke sowie der Bundes- und Landesvorstände sein Konzept für ein Regierungsprogramm vor. Die SPD wolle eine europäische Deutschlandpolitik, soziale Gerechtigkeit sowie die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen. Lafontaine

rief seine Parteifreunde auf, ihre einmal als richtig erkannte Strategie durchzuhalten. Er trete mit dem erklärten Ziel an, die Bundestagswahl am 2. Dezember zu gewinnen.

„Blödsinnig“ nannte der Kanzlerkandidat der SPD laut dpa Behauptungen, die deutsche Linke könne sich nicht mit der Einheit abfinden. Die SPD sei von Anfang an für eine Einigung eingetreten, die die innenpolitische Absicherung des Einigungsprozesses ebenso wie die Klärung der sozialen Fragen für die Menschen in der DDR berücksichtigt. Bundeskanzler Helmut Kohl warf der SPD-Politik vor, mit den Problemen des Einigungsprozesses nicht fertig zu werden.

Eduard Schwardnads: Mit Deutschland stehen neue Fragen vor den Bündnissen

Lagos (ADN/ND). Derzeit schwierigste Frage sei die Bestimmung des militärpolitischen Status eines künftigen vereinigten Deutschland, erklärte der Außenminister der UdSSR, Eduard Schwardnads, auf einer Pressekonferenz in der nigerianischen Hauptstadt Lagos. Dabei geht es nach den Worten Schwardnadses „um die Zugehörigkeit des vereinigten Deutschland zu einem der militärpolitischen Blöcke“.

Während die westlichen Staaten sich für eine NATO-Mitgliedschaft aussprechen, würde die Sowjetunion vorschlagen, Deutschland in den Warschauer Vertrag aufzunehmen, was aber sicher dem Westen nicht passe. Eine gegenseitig annehmbare Lösung müsse bei den Gesprächen der vier Mächte und der beiden deutschen Staaten gefunden werden.

Schwardnads verwies darauf, daß auf der Konferenz der Außenminister des Warschauer Vertrages in Prag über die Notwendigkeit der Vervollkommnung des Warschauer Vertrages als militärpolitisches Bündnis mit der Perspektive der Umwandlung des Paktes in ein politisch-militärisches Bündnis gesprochen wurde. Es sei also darum gegangen, die politischen und nicht die militärischen Aspekte in den Vordergrund zu stellen. „Wir hoffen“, so Schwardnads, „daß die Mitgliedsländer der NATO sich dieselbe Aufgabe stellen.“

Trabi-Arbeiter alarmiert

Zwickau (ADN/ND). Sorge um die Arbeitsplätze stand am Dienstag im Mittelpunkt einer Belegschaftsversammlung in den Sachsenring Automobilwerken Zwickau. Daran nahmen die Vorsitzenden der IG Metall der BRD und der DDR, Franz Steinkühler und Hartwig Bugiel, teil.

Die Arbeiter des größten Industriebetriebes im Bezirk Karl-Marx-Stadt sind damit konfrontiert, daß die Nachfrage nach dem PKW Trabant sinkt. Hartwig Bugiel sagte, der IG-Bezirksvorstand Karl-Marx-Stadt will Anfang April von Vertretern der Industrie Auskunft über die Perspektive fordern. Der gewerkschaftliche Standpunkt dazu: Die im Zweig verbleibenden Werkstätten erhalten gute Arbeitsbedingungen, und Beschäftigte, die in anderen Bereichen eine neue Tätigkeit aufnehmen müssen,

werden durch Rationalisierungs-schutzabkommen unterstützt.

Der Vorsitzende der IG Metall der BRD sprach sich für den Aufbau starker Gewerkschaften und betrieblicher Interessenvertretungen aus. Die deutsche Einheit solle durch internationale und soziale Gesichtspunkte gesichert sein, sagte Steinkühler. Die bevorstehende Wirtschafts- und Währungsunion setze die Betriebe der DDR einem gewaltigen Anpassungsdruck aus. Jedes Stück sozialer Fortschritt müsse erkämpft werden. Wenn Volkswagen an der Zusammenarbeit interessiert ist, dann doch deshalb, weil die Arbeitskräfte und die Fähigkeiten der Zwickauer Automobilbauer geschätzt werden. Franz Steinkühler empfahl, die Einheitsgewerkschaft in der DDR zu wahren.

Europa-Liberale in Berlin

Berlin (ND-Kittan). Erstmals tagt die liberale und demokratische Fraktion des europäischen Parlaments vom 27. bis zum 29. März in der DDR-Hauptstadt. Am Eröffnungstag folgten die Abgeordneten aus zahlreichen Staaten Europas einer Einladung in das Haus der Volkskammer, wo dem amtierenden Präsidenten Günther Maleuda die unter der Leitung des Vorsitzenden dieser europäischen Fraktion, Valéry Giscard d'Estaing, stehende Parlamentarierdelegation herzlich willkommen hieß. Sie traf sich im Plenarsaal mit Vertretern der in die neue Volkskammer gewählten Parteien, politischen Vereinigungen und anderen

Listenvereinigungen zu einem Gespräch.

Einleitend erklärte Valéry Giscard d'Estaing, daß die europäischen Parlamentarier die freien und ungezwungenen Wahlen sehr aufmerksam verfolgt haben und die demokratische Entwicklung in der DDR nachdrücklich begrüßen. Er stellte seine Fraktion – die drittgrößte im Europaparlament – als liberal, demokratisch und sozial reformorientiert vor.

Danach informierten die Volkskammerabgeordneten über ihre persönliche Entwicklung und die Ziele der von ihnen vertretenen politischen Kräfte.

Polen sehen die deutsche Einheit voller Bangen

Warschau (ADN). Fast jeder zweite Pole akzeptiert eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten, doch mehr als zwei Drittel sehen darin eine Gefahr für den Bestand der polnischen Grenzen. Das ergab laut dpa eine repräsentative Umfrage des Zentrums für Meinungsforschung des polnischen Rundfunks und Fernsehens von Anfang März. Danach akzeptieren 48 Prozent der Befragten die deutsche Einheit, 39 Prozent sind dagegen. 69 Prozent sehen durch ein vereintes Deutschland die polnischen Grenzen bedroht, 17 Prozent sehen keine Gefahr.

Vorteile für Polen durch die deutsche Einheit sehen jedoch nur 13 Prozent. Im November 1989 waren das in einer Umfrage noch 28 Prozent gewesen. 68 Prozent der Befragten sind der Meinung, die deutsche Vereinigung bringe Polen Nachteile (45 Prozent im November).

Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Polen sollte nach Ansicht von 47 Prozent der Befragten vor der Entwicklung in Deutschland abhängig gemacht werden. Nur 23 Prozent waren für einen bedingungslosen sofortigen Abzug.

KURZ

Protest Griechenlands
Athen. Griechenland hat am Montag auf diplomatischem Weg in Ankara gegen Grenzschwierigkeiten protestiert. Am Wochenende und am Montag waren fünf griechische Fischerboote beschossen worden.

IL 76 abgestürzt
Kabul. Bei dem Absturz einer mit Versorgungsgütern beladenen sowjetischen IL 76 beim Landeanflug auf den Flughafen von Kabul sind alle neun Mitglieder der Besatzung ums Leben gekommen.

ČSSR beschloß Haushalt
Prag. Das ČSSR-Parlament billigte am Dienstag den Staatshaushalt für 1990. Bislang galt ein nach den gesellschaftlichen Umwälzungen im Dezember beschlossenes provisorisches Budget.

Anti-Guerilla-Einsatz
Bogotá. Die kolumbianische Armee hat unter Einsatz von drei Divisionen und zwei Heeresbrigaden bei Kampfhandlungen innerhalb von vier Tagen 34 Angehörige verschiedener Guerillagruppen getötet.

Plünderung aus Hunger
Rio de Janeiro. Tausende vom Hunger getriebene Bauern haben am Montag in den nordbrasilianischen Bundesstaaten Ceara und Pernambuco Läden und Lebensmittellager geplündert.

Bus stand unter Strom
Delhi. Bei einem der schwersten Busunglücke in Indien wurden 50 Menschen getötet und 22 schwer verletzt. Ein Bus war auf einer Eisenbahnüberführung ins Schleudern geraten und auf die unter Hochspannung stehende elektrische Oberleitung der Eisenbahn gestürzt.

Elefant kann wieder sehen
Colombo. Ein auf dem linken Auge erblindeter srilankischer Elefant kann dank der vermutlich weltweit ersten Bindehautoperation am Auge eines Dickhäuters wieder sehen. Ein Ärzteteam teilte nach der Operation mit, das Tier habe 50 Prozent der Sehkraft wiedergewonnen.